

---

**1902/AB XXII. GP**

---

**Eingelangt am 16.08.2004**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für auswärtige Angelegenheiten

## **Anfragebeantwortung**

Die Abgeordneten zum Nationalrat Petra BAYR, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. Juni 2004 unter der Nummer 1927/J-NR/2004 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Teilnahme an der Fast Track Initiative der Weltbank und Geberländern gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

### **Zu den Fragen 1 und 2:**

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ist in das Informationsnetzwerk der „Fast Track Initiative“ (FTI) eingebunden und nimmt, nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Kapazitäten, an den Sitzungen der internationalen Fast Track Initiative teil.

Österreich hat bereits in der Entstehungsphase der FTI diese Initiative begrüßt und gleichzeitig mitgeteilt, dass eine aktive Beteiligung vorläufig wegen fehlender Ressourcen nicht möglich ist. Inhaltlich unterstützt Österreich die Weiterentwicklung dieses Instrumentes durch die Einbringung der österreichischen Expertise und Erfahrung, v.a. im Rahmen der EU-Arbeitsgruppe „Education Experts from Member States“, wo die FTI ein wichtiges Thema ist. In dieser Arbeitsgruppe ist Österreich regelmäßig vertreten.

In einigen an der FTI beteiligten Partnerländern, die Schwerpunktländer der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) sind, bemüht sich Österreich, die eigenen Vorhaben im Bildungsbereich mit jenen der anderen Geber im Rahmen der nationalen FTI-Strategien zu koordinieren. Um eine österreichische Beteiligung zu einem gegebenen Zeitpunkt möglich zu machen, werden die OEZA-Koordinationsbüros in den betroffenen Partnerländern über die entsprechenden Entwicklungen regelmäßig in Kenntnis gesetzt. Dies geschieht im Wege etwa halbjährlich eigens erstellter Informationen über den Fortschritt der Initiative („FTI-News“).

### **Zu den Fragen 3 und 4:**

Bereits im Jahr 2004 wurden die Mittel der OEZA um rund 30 Millionen Euro aufgestockt. Ein weiterer bedeutender Schritt ist die Zusage Österreichs, das Volumen der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen bis 2006 auf mindestens 0,33% des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen.

Damit eröffnet sich in Zukunft die Option, die österreichische Teilnahme an FTI in einem Schwerpunktländ zu realisieren. Bis zu diesem Zeitpunkt ist auch mit den ersten Ergebnissen zu rechnen, die eine gezielte Definition des österreichischen Beitrags zulassen.